Antrag

der Abgeordneten Maria Klein-Schmeink, Elisabeth Scharfenberg, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, Kai Gehring, Tabea Rößner, Ulla Schauws, Doris Wagner, Beate Walter-Rosenheimer, Kerstin Andreae, Katharina Dröge, Ekin Deligöz, Britta Haßelmann, Markus Kurth, Dr. Tobias Lindner, Beate Müller-Gemmeke, Brigitte Pothmer, Corinna Rüffer, Dr. Gerhard Schick, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lasten und Kosten fair teilen – Paritätische Beteiligung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an den Beiträgen der gesetzlichen Krankenversicherung wiederherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die durchschnittliche Beitragsbelastung in der gesetzlichen Krankenversicherung ist 2016 so hoch wie nie zuvor in der Geschichte – trotz bislang guter Konjunktur und guter Arbeitsmarktlage. Diese steigenden Lasten müssen durch steigende Zusatzbeiträge allein durch die Versicherten aufgebracht werden, da der Arbeitgeberbeitrag gesetzlich eingefroren wurde. Notwendig sind aber eine faire Lastenverteilung zwischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern einerseits sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern andererseits und eine Wiederherstellung der paritätischen Beteiligung an den Beiträgen der gesetzlichen Krankenversicherung.

Ohne diese Änderung wird sich die einseitige finanzielle Belastung der Versicherten in Zukunft weiter verschärfen.

Die Ausgaben und Belastungen werden auch in den kommenden Jahren erheblich ansteigen. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung rechnet allein durch die Gesetze der großen Koalition mit Zusatzausgaben von bis zu 12 Milliarden Euro bis 2019. Gesundheitsminister Gröbe gilt bereits als „einer der teuersten Gesundheitsminister aller Zeiten“ (DIE WELT vom 7.11.2015).

Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung auch nicht um eine langfristig stabile, sichere und gerechte finanzielle Basis für unser Gesundheitswesen etwa durch eine Bürgerversicherung gekümmert. Sie hat stattdessen in den vergangenen Jahren ihren Haushalt zu Lasten der gesetzlich Versicherten saniert und den Bundeszuschuss wiederholt um mehrere Milliarden Euro gekürzt. Gleichzeitig wurden immer wieder gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die steuerfinanziert werden müssten, an die gesetzliche Krankenversicherung ausgelagert, wie zum Beispiel beim Präventionsgesetz geschehen.

Von den bevorstehenden jährlichen Beitragssteigerungen sind insbesondere Geringverdienende betroffen, weil seit 2015 keine gesetzlichen Belastungsgrenzen oder ein Sozialausgleich bei zu hoher Belastung von Geringverdienenden mehr vorgesehen sind.

Ein Nebeneffekt der Wiederherstellung einer paritätischen Finanzierung wäre auch, dass die hälftige Beteiligung der Arbeitgeber innerhalb der Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung wieder eine höhere Legitimität erlangen würde und die Frage nach der künftigen Rolle der Arbeitgeber innerhalb der Selbstverwaltung beantwortet wäre. Zudem wäre der Anreiz auf Arbeitgeberseite, auf eine effizientere und wirtschaftlichere Versorgung hinzuwirken, wieder gestärkt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die paritätische Finanzierung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung zwischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern einerseits sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern andererseits vollständig wiederherstellt.

Berlin, den 12. Januar 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Die paritätische Finanzierung mit der jeweils hälftigen Aufbringung der Beiträge durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einerseits und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber andererseits wurde schon im Jahr 1951 eingeführt und hatte über 50 Jahre Bestand. Erst im Jahr 2005 kam es mit der Einführung eines Sonderbeitragssatzes zu einem ersten Ungleichgewicht. Bis 2015 zahlten die Arbeitgeber 7,3 Prozent und die Versicherten 8,2 Prozent des allgemeinen Beitragssatzes von 15,5 Prozent. Den allgemeinen Beitragssatz senkte die Bundesregierung 2015 auf 14,6 Prozent. Die so gezielt aus dem allgemeinen Beitragssatz erzeugte Unterdeckung im Gesundheitsfonds sollte den Umstieg in einen Zusatzbeitragssatz erzwingen, den allein die Versicherten bezahlen. Auch weitere Beitragssteigerungen, die nach Verzehr der Rücklagen des Gesundheitsfonds zwangsläufig durch den demographischen Wandel und durch medizinischen Fortschritt entstehen, werden zukünftig allein von den Versicherten zu „stemmen“ sein.

Bereits ein Jahr nach Inkrafttreten des GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetzes zeichnet sich eine deutliche Erhöhung der ab 2015 eingeführten kassenindividuellen Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenkassen ab. Im Durchschnitt steigen sie zum Jahr 2016 um 0,2 Prozent auf insgesamt 1,1 Prozent. Viele Krankenkassen werden einen noch höheren Zusatzbeitragssatz von bis zu 1,5 Prozent verlangen müssen, um die gestiegenen Kosten im Gesundheitswesen zu finanzieren. Und diese anstehende Erhöhung ist nur ein weiterer Schritt in einer langen Reihe an künftigen Beitragssatzsteigerungen. Der GKV-Spitzenverband rechnet damit, dass der Beitragssatz bis 2019 noch auf bis zu 16,4 Prozent ansteigen wird. Dies würde eine Mehrbelastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 1,8 Prozent bedeuten.

Neben der Wiederherstellung der Parität ist eine breitere, stabilere und verlässlichere finanzielle Basis für unser Gesundheitswesen durch eine Bürgerversicherung notwendig, die mehr Solidarität für alle schafft. Schon heute gehören 90 Prozent aller Deutschen dem Solidarsystem an; in anderen europäischen Ländern ist es die gesamte Bevölkerung. Insgesamt kann die Beitragsbelastung mit dem grünen Modell der Bürgerversicherung sogar gesenkt und dann stabilisiert und eine gute und hochwertige Versorgung kann für alle garantiert werden. Davon profitieren auch die Arbeitgeber.